

fl ! info

4.2005

3 Halbmast.

Radio Liechtensteins Fahne steht auf Halbmast.
Die Aufarbeitung einer unsäglichen Geschichte.

7 Handlich.

Die Kolumne.

8 Handcreme.

Eine Hand wäscht die andere.

10 Halbpatzig.

Eine Studie, die Stammtischhaltungen stützt.
Überholt bevor sie auf dem Markt ist.

12 Historisch.

Was uns wochenlang beschäftigte, ist nun
Geschichte. Einige Stimmen dazu.

15 Hingeschaut.

Die Kluft zwischen neoliberaler Wirtschafts- und
erkonservativer Gesellschaftspolitik.

17 Hoffnungsvoll.

Die Hoffnung stirbt zuletzt oder warum der
Dualismus eine Farce ist.

19 Harsch.

Sport & Rauch.

20 Hingucker.

Die Freie Liste lässt sich was einfallen.

22 Hölzern.

Warum sich die LGU für Ebene Gnalp einsetzt.

23 Herzig.

Was das Ausland über uns zu berichten weiss.

Die zweite Chance.

Mit der Zustimmung zum Gegenvorschlag des Parlaments haben sich die WählerInnen Liechtensteins für eine zweite Chance entschieden. Mit diesem Entscheid haben die WählerInnen nicht nur Nein zur Initiative gesagt – sie haben auch dem enormen Druck der BefürworterInnen und **insbesondere des Erzbistums widerstanden**, die aus der Abstimmung eine Gewissensfrage machen wollten. Deren Versuch, die GegnerInnen der Initiative in eine moralisch verwerfliche Ecke zu stellen, war diskriminierend und verunglimpfend und hat nicht gewirkt. Wir haben nun eine zweite Chance, in Fragen des Lebensschutzes differenziert und frei zu diskutieren und neue Entscheide herbeizuführen. Liechtenstein setzt mit der Absage an die Initiative ein Zeichen der Offenheit, Toleranz und Diskussionskultur. Wir freuen uns darüber. **Eine zweite Chance räumt die Freie Liste auch Radio Liechtenstein ein**, allerdings unter strikten Auflagen und einem neuen Verwaltungsrat. Die Aufarbeitung der kurzen Geschichte des öffentlichen Senders beleuchtet einen Teil des Versagens des alten Verwaltungsrates und der Regierung. Aufwändige Recherchen sind die Grundlage dieses Beitrags. Wir bedauern einmal mehr, dass unsere gut subventionierten Medien in wichtigen Angelegenheiten schweigen oder sich zum Sprachrohr von Parteiinteressen oder der Regierung machen. **Auch zum Abfallskandal in Mauren** berichteten die Medien nur das absolut Notwendige. Nichts vom Umgang der politisch Verantwortlichen mit dem Verursacher, den Umweltbehörden und der Öffentlichkeit. Die Medien kommen ihrer Aufgabe, die Politik zu kontrollieren, nicht nach.

Fortsetzung auf Seite 2

Editorial Die zweite Chance.

Wäre dem so, könnten Vetterliwirtschaft und Unvermögen nicht solche Blüten treiben, wie dies in Mauren der Fall ist. Unser Beitrag über diesen Skandal macht deutlich, dass der Vorsteher von Mauren offenbar überfordert ist und sich mehr seinen Parteifreunden als dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt. Ob es für ihn eine zweite Chance gibt, darüber kann nur spekuliert werden. Die Gemeinderatswahlen 2007 werden es zeigen.

Ihre besondere Aufmerksamkeit möchten wir auf die Einladung zu unseren Workshops lenken, die wir im Februar 2006 beginnen. Wir möchten mit diesem Angebot Menschen, die der Freien Liste nahe stehen, die Möglichkeit geben, sich einmal grundsätzlich damit auseinanderzusetzen, was Engagement auf Gemeindeebene bedeuten kann. Für die Teilnahme erwarten wir nicht, dass sich jemand

bereits für eine Gemeinderats-Kandidatur entschieden hat – wir hoffen vielmehr, dass dieses Weiterbildungsangebot von Interessierten wahrgenommen wird, die immer schon wissen wollten, wie Gemeindegarbeit eigentlich funktioniert. Vielleicht sind die Gemeinderatswahlen 2007 aber auch eine Chance für Ihren Einstieg in die interessante Welt der Politik und die Workshops eine gute Vorbereitung dafür. Mit diesem letzten fl-info im Jahr 2005 wünschen wir Ihnen für die kommenden Tage die Zeit für alles, was Sie immer schon machen wollten. Und dass Sie ihre Chancen nutzen.

Karin Jenny

Redaktionsleitung

Die fl-info-Rose

verleihen wir dieses Mal an alle unsere FL-GemeinderätInnen für ihren couragierten Einsatz in den Gemeinden. Ingrid Allaart, Luzia Walch, Christian Beck, Daniel Walser, Kaspar Frick, Edgar Bargetze und Markus Wille möchten wir auf diesem Weg danken für ihr Engagement und ihr Stehvermögen. Manche haben es leichter und manche laufen permanent gegen Mauern, entscheidend ist, dass durch die FL-GemeinderätInnen Mut in die Gemeindestuben gekommen ist und dadurch doch auch so Manches verändert wurde. Und sei es, dass man weiss, mit den FL-GemeinderätInnen am Tisch ist es nicht mehr so einfach, etwas unter denselben Tisch zu kehren oder Visionen zu Visiönchen verkommen zu lassen. Macht weiter so, Ihr seid zwar nicht im Rampenlicht und doch leistet Ihr die Basisarbeit, ohne die Landespolitik nicht umsetzbar wäre. Wir danken euch.

Neue Mauern auf schlechtem Fundament.



Die Geschichte des Radios wird bei der Restrukturierung des Senders eine wesentliche Rolle spielen. Der neue Verwaltungsrat kann nun den «Untersuchungen» der Regierung Glauben schenken und sich zurücklehnen, weil alles, ausser den Finanzen, paletti ist oder aber den Betrieb von Grund auf kritisch durchleuchten und einen Neuanfang starten.

Am 15. August 1995 ist Radio L zum ersten Mal als privates Radio auf Sendung gegangen. Zwischen August 1995 und August 2003 verursachte Radio L Mindererträge von insgesamt CHF 12 Mio. Franken, obwohl zwischen 2000 und 2003 pro Jahr jeweils zwischen 750'000 und 925'000 CHF Subventionen an das Radio ausbezahlt worden sind. Das Defizit trug der damalige Mehrheitsaktionär Dr. Peter Ritter. Walter Bruno Wohlwend als Mitinitiator dieses Privatradios und Dr. Peter Ritter, beide gehören der FBP an, informierten im Sommer 2003 die damalige Regierungschef Stellvertreterin Rita Kieber-Beck, dass am 15. August 2003 der letzte Sendetag sei, sofern nicht vom Land Liechtenstein Hand für eine Lösung geboten würde.

Die wirtschaftlichen Fakten, auf denen normalerweise ein Kauf beruhen sollte und die Kieber-Beck dem Landtag darlegte, wurden schön geredet, grosszügig auf- oder abgerundet – je nach Belieben, und ihre Prognosen waren sehr fragwürdig.

Damit war unter der Regie der FBP-Regierung die Geburtsstunde eines öffentlich-rechtlichen Senders quasi festgelegt. Es brauchte nur noch einen Finanzbeschluss zur Übernahme von Radio L und ein Rundfunkgesetz, das nach zwei Parlamentsdebatten im September und Oktober 2003 mit den 13 Stimmen der FBP und 1 Stimme durch die FL gesichert war. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe, unter der Mitarbeit von Markus Biedermann, gleichzeitig kommissarischer Geschäftsleiter von Radio L und enger Mitarbeiter von Kieber-Beck, war die Diskussions- und Entscheidungsgrundlage des Landtags. Ein weiteres Mitglied dieser Arbeitsgruppe war der damalige Intendant Benno Heer – ein interessanter Aspekt, wenn man weiss, dass er im Jahr 2005 nach der fristlosen Entlassung Aldrovandis wieder ins Haus geholt wurde, um Radio Liechtenstein zu «restrukturieren». Restrukturierte Heer zum Beraterhonorar von 120'000 CHF ab April 2005 Fehlentscheidungen, die bereits damals getroffen wurden

oder führten diese Restrukturierungen zu Entscheidungen, die bereits unter seiner Intendanz fällig gewesen wären?

Was war die Grundlage des Kaufs von Radio L? Grundlage des Kaufs waren vor allem Auskünfte von Rita Kieber-Beck, die auf gezielte Fragen gegeben wurden. Sie aber waren z. T. substantiell unrichtig, wohl um zu erreichen, dass aus dem «so beliebten Radio L» endlich ein Staatssender werden konnte – schon damals argumentierte man mit der Beliebtheit des heimischen Radiosenders. Die wirtschaftlichen Fakten, auf denen normalerweise ein Kauf beruhen sollte und die Kieber-Beck dem Landtag darlegte, wurden schön geredet, grosszügig auf- oder abgerundet – je nach Belieben, und ihre Prognosen waren sehr fragwürdig.

Den damaligen Kaufpreis von 3,1 Mio Franken schlüsselte Kieber-Beck so auf: 1,2 Mio CHF reine Sachanlagen, 450'000 CHF für das Online Projekt www.radio.li, welches bereits im November 2005 komplett renoviert werden musste. Für «bereits abgeschlossene Werbeverträge für das Folgejahr» wurden 650'000 CHF veranschlagt. Die Weiterführung, die damit bis Ende Jahr als gesichert angepriesen wurde, ist mit 600'000 CHF bewertet worden. Schliesslich kamen noch 200'000 CHF Goodwill für den Aufbau der Marke und Gesamtkonzeption dazu.

Kieber-Beck spricht im September 2003 im Landtag von bereits 650'000 CHF gesichertem Werbevolumen für das Folgejahr 2004, welche mit dem Kaufpreis mit erworben werden sollten. Tatsächlich waren bei Radio Liechtenstein am 1.1.2004 genau 389'913 CHF Werbeeinnahmen für das Jahr 2004 verbucht. Es wurden Dr. Ritter somit etwa 260'000 CHF zuviel ausbezahlt. Zurückverlangt wurde der Betrag bis heute nicht.

Landtag entschied aufgrund von Fehlinformationen Weitere offensichtliche Fehlinformationen lieferte Kieber-Beck dem Landtag mit ihren Ausführungen zu den diversen Sendestandorten, von denen sie aufgrund einer klaren Darstellung des BAKOM hätte wissen müssen, dass diese nie zustande kommen würden. Sie stellte einen Zusammenhang zwischen diesen nie realisierbaren Sendestandorten und den zu erwartenden steigenden Werbeeinnahmen her. Als Nischenradio bewegt sich Radio Liechtenstein im absoluten Hochpreissegment – dieser Preis und die relativ kleine Zuhörerschaft von rund 60'000 regelmässigen Hörern weisen auf eine ziemlich optimale Abschöpfung des Marktes (auch heute noch)

Neue Mauern auf schlechtem Fundament.

hin. Selbstbewusst ging Kieber-Beck damals davon aus, dass sich die Werbeeinnahmen «im Umfang von ca. 1,92 Millionen Franken einpendeln können». Im Zusammenhang mit den erweiterten Sendeanlagen wurde Kieber-Beck anlässlich der 2. Lesung noch kecker: «Wir haben auch jetzt schon Werbeverträge für das nächste Jahr abgeschlossen. Die gehen nahezu Richtung von 1 Mio Franken.»

Zu diesen irreführenden Zahlen kommen noch simple Rechenfehler, Auf- oder Abrundungen, vergessene Leasingraten, vergessene Ferien der Mitarbeiter – was zwei 100% Stellen ausmacht – das waren wohl Peanuts in den Augen der damaligen Verantwortlichen.

Verwaltungsrat mischt mit

Der im Mai 2004 angestellte Intendant Mario Aldrovandi wurde über den tatsächlichen Zustand des Radios, insbesondere über Sendernetz und Finanzen im Unklaren gelassen. Ab Juli entdeckte Aldrovandi Stück für Stück die Ungereimtheiten. Umgehend informierte er den Verwaltungsrat, der in der Folge untätig blieb. Dagegen wurde Kieber-Beck aus dem Verwaltungsrat über die neuen Erkenntnisse des Intendanten informiert, was das Verhältnis zwischen Verwaltungsrat/Regierung und Aldrovandi zunehmend belastete.

Der Verwaltungsrat mischte in der Vergangenheit ordentlich mit. Sei es, dass er sich ins operative Geschäft des Intendanten einmischte oder sich redaktionelle Eingriffe leistete.

Der Verwaltungsratspräsident Norbert Seeger kaufte zum Beispiel gegen den ausdrücklichen Rat Aldrovandis den Radio-Übertragungswagen selber bei der Garage, statt ihn zu leasen, weil er glaubte, dass die Regierung das Fahrzeug bezahlen würde. In der Jahresrechnung 2004, erstellt im Mai 2005, welche mit einem Defizit von CHF 380'000 schloss, wies der Verwaltungsrat gegenüber der Regierung ein Guthaben von CHF 98'000 aus, obwohl die Regierung bereits im März 2005 bekannt gegeben hatte, dass das Auto nicht bezahlt würde.

Kam dieser VR seiner Verantwortung wirklich nach, wie es das Volksblatt permanent beschwor?

Im Juli 2005 schrieb der Verwaltungsrat kurzerhand das Fahrzeug auf Null Franken ab, kaschierte so den Fehler des Verwaltungsratspräsidenten und belastete das Vermögen 2004 mit dieser «Sonderabschreibung» um weitere CHF 98'000. Das alles ist, verklausuliert im Regierungsbericht Nr. 90/2005 nachzulesen und im Klartext in der 100-seitigen

Klageschrift Aldrovandis, mit der er sich gegen die fristlose Entlassung wehrt.

Zuckerbrot und Peitsche

Zwar wurde Aldrovandi noch im September 2004 mit einem Gutschein für ein opulentes Abendessen und Blumen für seine Anstrengungen um das Radio Liechtenstein geehrt, doch schon bald machte sich der Wurm im Gebälk des Radios bemerkbar. Die Kündigung Aldrovandis im März 2005 kam zwar für ihn überraschend, liest man jedoch die Klageschrift, haben wir es spätestens ab Oktober, dem Zeitpunkt des Herzinfarkts Aldrovandis, mit Mobbing zu tun. Aldrovandi wurde mit seinen Enthüllungen und Fragen zunehmend unbequemer und der Verwaltungsrat band den Intendanten immer weiter zurück. Übertrug man Aldrovandi im Juni 2004 die Personalhoheit, was den Intendanten veranlasste die Gehälter von vier unterbezahlten Mitarbeitern aufzustocken, entzog man ihm diese Personalhoheit im Dezember 2004 wieder. Behauptungen, dass Aldrovandi eigenmächtig und ohne Wissen des VR diese Gehälter erhöht habe und er somit den Weisungen des VR nicht gefolgt sei, werden von Aldrovandi mit umfangreichem Beweismaterial bestritten.

Wir basteln uns ein Budget

Im Oktober 2004 geht es im VR budgetmässig zur Sache, die Rede ist von einer «Umwidmungsvariante», wo Mittel aus einem Investitions- in das Betriebsbudget umgewandelt werden sollten. Die Verwaltungsräte Gstöhl, Burtscher und Pinardi wehrten sich für ein realistisches Budget, bei welchem die Kosten gegenüber dem Landtag um 200'000 höher ausgewiesen werden sollten, als dies die Regierung in ihrem Plan aus dem Herbst 2003 vorgesehen hatte und setzten sich kurzfristig durch. Am Folgetag liess Seeger seinen Unmut telefonisch bei Aldrovandi aus: «Gestern abend haben wir das Ende des parteipolitisch unabhängigen Radios erlebt. Egon Gstöhl hat es vorgemacht und Maria Pinardi hat ihm – wie immer – wie ein Papagei nachgeplappert. Von jetzt an wird politisiert.» Nachzulesen ist dieses Statement ebenso in der Klageschrift.

Nach einigen Detailkorrekturen wurde das Budget 2004, welches ein Defizit von CHF 250'000 vorsah, durch den Verwaltungsrat am 25. Oktober 2004 genehmigt und an die Regierung geschickt. Dabei berief sich der Verwaltungsrat auf eine Zusage von Rita Kieber-Beck von Ende September 2004, dass die CHF 250'000 Fehlbetrag aus dem Investitions-Budget für das Sendernetz in das

Betriebsbudget für das Radio übernommen werden dürfe.

Doch daran wollte sie sich Rita Kieber Beck am 27. Oktober 2004 nicht mehr erinnern, als sie das Budget an Aldrovandi zurück schickte mit dem Vermerk, dass eine Umwidmung aus dem Sendernetzbudget nicht möglich sei und das Budget verlustneutral zu sein habe.

Als Aldrovandi Regierungschef-Stellvertreterin Kieber-Beck aufklärte, dass er ohne neue VR-Sitzung ausserstande sein, ein neues Budget vorzulegen, erwiderte Kieber-Beck: «Sie machen hier ein Powergame, das werden sie aber verlieren. Ich überlebe das eher als sie.» Wie vorausschauend Kieber-Beck doch ist.

Es gibt in der Klageschrift unzählige Hinweise, wie, wann und zu welchen Gelegenheiten der VR Einfluss auf das Geschäft des Intendanten nahm.

Hektik greift um sich

An jenem 27.10.2004 erlitt Aldrovandi einen Herzinfarkt, was den Verwaltungsratspräsidenten nicht davon abhielt, unbedingt noch am gleichen Abend mit Aldrovandi telefonieren zu wollen. Am 28.10.2004 gelang ihm das Kunststück und er informierte Aldrovandi im Spital über Budget-Änderungen: Das Budget wurde soweit zurechtgestrichen, dass noch ein Verlust von CHF 95'000 blieb, welches die Ministerin «als politisch machbar» bezeichnete und das sie im November 2004 mit den 13 Stimmen der FBP auch durch brachte.

Parteilpolitische Unabhängigkeit

Auch Radio L als Privatrado war parteipolitisch nie unabhängig, nicht umsonst klagte die Freie Liste einige Male bei der Medienkommission Unabhängigkeit und Ausgewogenheit ein. Die Hoffnungen deshalb auf ein Privatrado zu richten, sind also ziemlich sinnlos. Von einem öffentlich-rechtlichen Sender versprach man sich eine grössere Unabhängigkeit. Das war von vornherein ein Trugschluss, hätte man Bedenken dieser Art ausräumen wollen, wäre Seeger als ehemaliger FBP-Parteipräsident wohl kaum Verwaltungsratspräsident bei Radio Liechtenstein geworden. Er hat in der Klageschrift Aldrovandis eine zentrale Rolle. Als Verwaltungsratspräsident spielte er immer mehr der Regierung in die Hände, als dass er die Interessen eines unabhängigen Radios verfolgt hätte.

Mit Alexander Batliner an seiner Seite hatte er die entsprechende Verstärkung. Es gibt in der Klageschrift unzählige Hinweise, wie, wann und zu welchen Gelegenheiten der VR Einfluss auf das Geschäft des Intendanten nahm. All dies gipfelte darin, dass man den Intendanten ab November 2004 nur mehr auszugsweise über VR-Sitzungen informierte, an denen er bis zum Herzinfarkt teilnahm. Im Dezember 2004 fühlte sich Kieber-Beck durch den Intendanten in einem Radio-Interview zur Pisa-Studie so befragt, dass sie klar machte, solche Art der Befragung «nicht zu schätzen» und spätestens damals war der Ofen aus. Als unmittelbare Folge entschied der Verwaltungsrat am 20. Dezember 2004, dass Aldrovandi in Zukunft keine Interviews mehr führen dürfe.

Nach der Wahl 2005, am 22. März 2005 bestellte Seeger den Intendanten zu sich, um ihm mitzuteilen, dass er fristlos entlassen sei, weil er sich nicht an die Anweisungen des VR gehalten habe. Diesen Vorwurf präziserte er zwar nicht, veranlasste aber, dass Aldrovandi nur unter Aufsicht eines ARGUS-Sicherheitsmannes seine persönlichen Sachen aus dem Büro holen konnte.

Eine Hausdurchsuchung bei Nacht und Nebel

Die Chronologie dieser Abläufe ist im fl-info 3/2005 nachzulesen. Zwischenzeitlich verlangte Seeger eine polizeiliche Hausdurchsuchung, der die Polizei umgehend folgte – allein auf Verdachtsäusserungen Seegers. Der Anwalt Aldrovandis wundert sich, wie schnell hier die Behörden tätig wurden und vermutet, dass es Seeger eher darum ging, Aldrovandi durch die Wegnahme von Unterlagen die Möglichkeit zu nehmen, sich im Kündigungsprozess verteidigen zu können.

Radio Liechtenstein steht vor einer Klage Aldrovandis, wo es vorerst «nur» darum geht, dass er erstens seinen Lohn vom März bis Mai im Rahmen von etwa CHF 38'000 erhält. Zweitens geht es natürlich darum, zu beweisen, dass die fristlose Entlassung des Intendanten unbegründet war. Gelingt es dem Kläger Radio Liechtenstein nachzuweisen, dass dem so ist, kommen auf Radio Liechtenstein immense Kosten zu, denn Aldrovandi hatte einen Vierjahresvertrag, der nach 10 Monaten beendet wurde. Ebenfalls kostenverursachend wird der Prozess des ebenfalls fristlos entlassenen, 60-jährigen Buchhalters sein und es sind zwei weitere Prozesse gegen den LRF im Gang, bei dem es um vom VR nicht bezahlte Rechnungen von CHF 32'000 geht. Mit dieser verfehlten Personal- und Finanzpolitik verur-

Neue Mauern auf schlechtem Fundament.

sachte der Verwaltungsrat Kosten und Imageschäden, die vermeidbar gewesen wären. Dass das Advokaturbüro Seeger Radio Liechtenstein in allen Streitfällen vor Gericht vertritt, ist ein klassischer Interessenskonflikt und wohl der Versuch, alles unter Kontrolle zu behalten.

Fazit

Radio Liechtenstein ist seit Jahren intern ein Intranigantenstadel und finanziell am Anschlag. Es geht beim Radio, liest man die Klageschrift und unterhält sich mit Ehemaligen, offenbar nur mehr darum, wer parteipolitisch kompatibel ist, pariert und Gefällig-

keitsjournalismus von «oben verordnet» pflegt. Einen anderen Kriterienkatalog gibt es nicht. Zu lange war man mit sich selbst beschäftigt. Unabhängig war das Radio zu keinem Zeitpunkt, immer schon war in den Köpfen der Macher, dass man sich mit der Regierung und den «Machern» «gut stellen müsse», wenn man künftig Geld wolle. Da war es schlussendlich egal, welche Regierung grade am Ruder war. Das Problem wird weiter schwelen, wenn nicht der neue Verwaltungsrat eine Restrukturierung vornimmt, die den Namen auch verdient. Diese Neuausrichtung wird es allerdings nicht zum Nulltarif geben können. (kj)



Radio Liechtenstein
ist das jüngste Kind
der Liechtensteiner
Gegenwarts-Medien



Es braucht viel
Geld...



... damit was
aus ihm wird!



Ein Zweck hat unser Staatssender ja: an ihm zeigt sich exemplarisch die grenzenlose Freiheit unseres Landes, alles zu tun und zu unterlassen, grad so wie es uns gefällt. So kann bei unserem Volkssender vielleicht nicht jeder alles, aber jeder darf mal ran! Ans Empfangsgerät, ans Mikrophon oder in den Verwaltungsrat. Bei Radio Liechtenstein ist everything possible. Hier – wie kaum woanders – verwirklicht sich der «Liechtenstein Dream of Life»: Vom Tellerwäscher zum Hofberichterstatter. Von der ratio zum Radio. Vom Drüländrsendr zum Drei-Parteien-Apparat. Von Radio L zu Radio L-Fenbeinturm.

Als reines Therapie-Zentrum für Leute, denen sonst kein Mensch zuhört, ist dieses Unternehmen dann doch ein wenig zu teuer.

Interessant ist: So wie sich die offizielle Stimme des Senders von allem Anfang an immer präpotent gegeben hat, so sind auch die Empfänger stets omnipotent geblieben. Jeder hat etwas übers Radiomachen zu sagen. Jeder weiss, wie es funktionieren täte. Oder wie nicht. Und alle haben dabei Recht! Ob es um die Moderatoren geht oder die Redaktion, jede Meinung stimmt! Natürlich ist die Musik ein Problem! Und die Dialekte! Natürlich braucht es Hudigägeler! Und Liechtensteiner Bands! Und Marschmusik! Und Death Metal! Natürlich braucht es Spezialsendungen! Und noch mehr Sport! Und etwas mehr Pep! Und mehr für die Kleinen! Und mehr für die Alten! Und mehr Tugend! Und mehr Jugend! Und mehr Sex! Und mehr Crime! Und selbstverständlich ist Radio Liechtenstein zum Parteisender mutiert! Und logo ist der Rauswurf eines Teils des Verwaltungsrates politisch motiviert! Und klaro trägt der Verwaltungsrat selber Schuld daran! Und natürlich kann sich ein Privatsender nie und nimmer halten. Und natürlich will die VU ein «Radio Medienhaus»! Was denn sonst?

Und weil nun einmal jeder Recht hat, wäre es vielleicht nicht das Dümmste, wenn ein Jedes sein eigenes Programm bestimmen könnte. Das würde nicht nur das Zusammenstellen des eigenen Musikformats bedeuten, sondern auch der eigenen Nachrichten. In Zeiten des iPods müsste das doch möglich sein. So hört jeder nur noch das, was er hören will. Dann kommt neben der Freiheit endlich auch der Frieden übers Land.

Neben dem Blick in die Zukunft darf aber das Vergangene nicht ausgeklammert werden. Schliesslich ist es ja so, dass unserer Landessender nach wie

vor kein bisschen anders tönt als damals, als alles anfang. Und das ist zehn Jahre her!

Ob deshalb im vergangenen August darauf verzichtet wurde, auf diesen Jubeltag hinzuweisen? «10 Jahre Radio Liechtenstein!», hei!, das wäre doch eine Meldung für die Soft News gewesen. Aber nichts dergleichen. War es den Verantwortlichen peinlich? Oder sorgte die Erkenntnis, trotz zig Moderatoren- und Redaktoren- und Intendanten- und Verwaltungsratswechseln eigentlich keinen Schritt vorangekommen zu sein, dafür, dass des Liechtensteiners Lieblingshobby, das Feiern, schlicht unterlassen wurde? Gab es zu wenig Geld für die Feierlichkeiten? Ok. Ein Scherz.

Kein Scherz sollten wohl die letztlich letzten Worte des letzten Verwaltungsrates sein, dass bei anhaltender depressiver Finanzlage «eine Einschränkung des Leistungsauftrages hingenommen werden muss». Nein. Muss überhaupt nicht:

Viel eher hat ein staatlicher Landessender, der seinen Leistungsauftrag nicht erfüllt, subito seinen Betrieb einzustellen. Als reines Therapie-Zentrum für Leute, denen sonst kein Mensch zuhört, ist dieses Unternehmen dann doch ein wenig zu teuer. Zudem sollte es doch gerade die Aufgabe eines vifen Verwaltungsrates sein, Wege zu finden, auch mit einem reduzierten Personal und mit weniger finanziellen Mitteln relevante Informationen zu senden. Der Betrieb eines Radios hängt jedenfalls nicht zwingend von der Grösse des Personals oder von der Höhe der Finanzen ab, sondern allein von einem klaren redaktionellen Konzept und von der Bereitschaft, über jedes sich anbietende Thema berichten zu wollen (z.B. Sport, Kultur etc.) und zu dürfen (z.B. Politik, Wirtschaft etc.). Da aber letzteres schon anno WBW unterbunden wurde, sollte der Rest eh ein Klacks sein: die mehrheitstaugliche Minimal-»Recherche« lässt sich nämlich bequem vom Sessel aus im Aufnahmestudio erledigen. Alles, was es dazu braucht, ist ein Telefon und Spass an der Arbeit. Und wenn einem grad gar nichts einfallen sollte, dann gibt es sogar ein Thema, bei dem man nicht einmal ein Telefon benötigt. Nämlich: Wie war denn das nochmals mit dem Herrn Aldrovandi? Das liesse sich im Hause erledigen. Die notwendigen Dokumente müssten ja irgendwo rumliegen.

Mathias Ospelt

Brauchen wir eine Stabsstelle «FILZ»

Noch Anfang 2004 kursierten in der Gemeinde Mauren Gerüchte um die illegale Abfallentsorgung durch die Firma Ritter. Im April 2004 veröffentlichte das fl-info einen Beitrag der FL-Gemeinderätin Ingrid Allaart, um die Bevölkerung wenigstens darüber zu informieren, was im Gemeinderat unter Führung des Vorstehers Freddy Kaiser alles unternommen wurde, um die Gemeinde im Unklaren zu lassen.

Mittlerweile ist das Grundstück, auf dem das Mehrzweckgebäude steht, in der Phase 1 saniert. Das umliegende Grundstück wurde in einer Phase 2, bis unterhalb einem Meter ab Terrain total saniert, unterhalb einem Meter ab Terrain rastermässig saniert. Dass noch Restbestände im Boden geblieben sind, kann das Amt für Umweltschutz nicht ausschliessen. Der eigentliche Skandal, eine Geschichte aus Filz und Vetterliwirtschaft liegt jedoch an anderer Stelle begraben. Einem Ort, wo weder rastermässig und schon gar nicht flächendeckend aufgeräumt wird.

Als das Amt für Umweltschutz im September 2003 erfahren hatte, dass auf dem Bauplatz des Mehrzweckgebäudes Mauren Abfall gelagert wurde, zog es aufgrund des Ausmasses die Landespolizei bei. Es handelt sich bei dem Grundstück um einen Besitz der Gemeinde Mauren, den sie vor Jahren an die Transportfirma Ritter in Mauren verpachtet hatte. Das heisst, dass die Gemeinde Mauren die Geschädigte war und ist. Es war aber nicht die Gemeinde, die in diesem Fall tätig geworden wäre. Das Gegenteil ist der Fall.

Gemeinderätin mit Zivilcourage

Sobald auf dem Gelände mit den Sanierungsarbeiten begonnen wurde, brodelte die Gerüchteküche. Unter der Regie von Vorsteher Freddy Kaiser wurde die Angelegenheit verharmlost und die FL-Gemeinderätin Ingrid Allaart beschimpft, ignoriert und denunziert. Ihr Verbrechen lag darin, dass sie mit Nachdruck verlangte, die Bevölkerung zu informieren und dass sich die geschädigte Gemeinde in angemessener Weise vom Verursacher distanziert. Der fl-info-Beitrag vom April 2004 war der Anfang. Freddy Kaiser reagierte auf diesen Bericht Allaarts sauer. Er beschuldigte sie der «Missachtung des Amtsgeheimnisses» mit dem expliziten Hinweis darauf, dass die Gemeindevorsteherung ihren Antrag auf Information der Öffentlichkeit mehrfach abgelehnt

habe. Das Amt für Umweltschutz wiederum prüfte während den Sanierungsarbeiten, aufgrund des sehr emotionalen Auftretens des Verursachers, den Beizug von Polizeischutz.

Was Vorsteher Freddy Kaiser als Bagatelle abtat, entpuppte sich als DER Umweltskandal schlechthin. In Kenntnis des Umfangs und Materials, das Ritter unter einer Schicht von Kies und Erde über einen langen Zeitraum vergraben hatte, behielt Vorsteher Kaiser die Nerven: Er demonstrierte mit einer ausholenden Handbewegung, dass es nicht der Rede wert sei, was da vergraben wurde. Und damit glaubte er, die GemeinderätInnen von Mauren beruhigen zu können. Der Gemeinderat in Mauren folgte den Anweisungen des Vorstehers, es war die FL-Gemeinderätin Allaart, die ihren Auftrag ernst nahm und dafür sorgte, dass der Skandal an die Öffentlichkeit kam. Prompt unterstellte man ihr, sie habe persönliche Rachepläne gegen Ritter – Kaiser stellte sich wiederholt schützend vor den Verursacher dieses Umweltskandals und verunglimpfte die Gemeinderätin.

Der Abschlussbericht des Amtes für Umweltschutz offenbart die Qualität und das Ausmass der illegalen Abfallbeseitigung. Es handelt sich um zwei Parzellen, die Hälfte des Areals wurde von der Firma Herbert Ritter AG an die WIVEMA AG unterverpachtet. Geschäftsführer und Verwaltungsrat der WIVEMA AG ist Eugen Bühler, Mauren. Auch dieses Grundstück wurde benutzt, um illegal Abfall zu beseitigen.



Die nachträgliche Forderung der Gemeinde, auch dort eine flächendeckende Sanierung vorzunehmen, wurde aufgrund eines Gutachtens des Aushub-, Rückbau- und Recycling-Verbandes Schweiz in ge-

Gestolpert, Herr Vorsteher?



gegenseitigem Einverständnis mit dem Amt für Umweltschutz in eine rastermässige Sanierung umgewandelt. Es war neben dem Verursacher auch die Gemeinde Mauren, die ständig darauf verwies, dass der Aufwand insgesamt «unverhältnismässig sei». So eng die Rastersanierung auch war, das Amt für Umweltschutz schliesst nicht aus, dass Restbestände im Boden verblieben sind.

Geheimniskrämerei auf hohem Niveau

Als dem Amt für Umweltschutz (AFU) der Verursacher, nämlich Ritter AG, bekannt war, wurde eine Vereinbarung zwischen Gemeinde, Verursacher und AFU unterzeichnet, wo die Ausgangslage, die Kostenübernahme durch den Verursacher, die Sanierung der Parzelle und die Bewilligung für die Aufarbeitung des mit Abfall verunreinigten Erdmaterials festgeschrieben waren. Zu gerne hätte der Verursacher den Begriff «Verursacher» in den Begriff «Verantwortlicher» umgewandelt. Das AFU leistete Widerstand. Die GemeinderätInnen haben dieses Papier nie vorgelegt bekommen. Ritter besteht nach wie vor drauf, dass es sich dabei um «zulässige Verschmutzungsanteil» handle. Davon kann jedoch keine Rede sein: Insgesamt grub man neben 550 m³ stark mit Bauschutt und Asphalt verschmutztem Aushubmaterial an die 80 Tonnen Material aus, das sich aus Asphalt, Dachpappe (z. T. mit Bitumen), Pneus, Metall und Tartanbelag zusammensetzte.

Wo bleiben die Abrechnungen?

Obwohl in der Vereinbarung klar festgeschrieben steht, dass der Verursacher die Kosten zu übernehmen habe, gelang es Ritter, die Regierung dazu zu bringen, zumindest einen Teil der Kosten zu übernehmen. Wie unsere Recherchen ergaben, setzte Ritter das Amt für Umweltschutz permanent unter Druck. Er weigerte sich zuerst die Rechnung des Tiefbauamtes für die Überwachungsaufgaben zu bezahlen und erreichte schlussendlich, dass die Regierung kurz vor den Landtagswahlen 2005 am 19.1.2005 entschied, diese Kosten und die Überwachungsaufwendungen des Amtes für Umweltschutz in der Höhe von CHF 35'000 zu übernehmen. Dem Amt für Umweltschutz fehlt bis heute eine Übersicht aller verrechneten Aufwendungen sowie deren Bereinigung. Trotz mehrfacher Nachfrage fehlt dem AFU eine entsprechende Bestätigung, dass die Aufwendungen für diverse Arbeiten beglichen wurden. Das Amt für Umweltschutz stellt in seinem Abschlussbericht ausdrücklich fest, dass die Übernahme dieser Kosten durch die Regierung «entgegen dem gesetzlich vorgeschriebenen Verursacherprinzip und der unterzeichneten Vereinbarung keinerlei Zugeständnis betreffend Unverhältnismässigkeit der Sanierung oder Unschuld der Herbert Ritter AG» sei. (kj)

Kommentar

Die Firma Ritter und die Gemeinde Mauren werden durch den gleichen Anwalt vertreten. Das gute Verhältnis zwischen Verursacher und Geschädigter geht über den Schadensfall hinaus, man versichert sich der gegenseitigen Loyalität und geht gemeinsam gegen Behörden vor, deren Kernkompetenz die Kontrolle und Ahndung solcher Missstände ist. Das Amt für Umweltschutz wiederum hat zu lange auf Vertrauensbasis mit der Gemeinde und den Unternehmern zusammengearbeitet und zu lange auf unkomplizierte Wege gesetzt. Damit dürfte nun Schluss sein und alle, die sich über zuviel Bürokratismus ärgern, haben nun eine Ahnung, warum künftig das Amt für Umweltschutz eine rigorosere Gangart einlegen wird. Zu danken haben wir das Vorstehern wie Freddy Kaiser, die durch Geheimniskrämerei und enge Verbindungen zu den ewig gleichen Leuten seinem Amt nicht gerecht wird, sowie Unternehmern, die sich nicht an die Gesetze und die Anweisungen der Vollzugsbeamten halten. Es mag ein Rätsel sein, warum die Regierung Hasler dem Verursacher kurz vor den Landtagswahlen 2005 einen Teil der Verursacherkosten abnahm – wer Klarheit mag: Es ist die alte Geschichte Maurens, dass die Profiteure dieses Systems eisern zusammen halten. Die illegale Abfallbeseitigung ist nur die Spitze, in Wahrheit hat bereits der Ex-Vorsteher Johannes Kaiser schon beide Augen zugedrückt. Und Ritter wirbt mit Anzeigen für sein Unternehmen: «Nicht nur Kies.» Wie wahr.

Karin Jenny

Analyse oder Stammtisch?

Die Regierung veröffentlichte eine «Analyse Sozialstaat Liechtenstein», mit der sich insbesondere der Vizedirektor Walter Kaufmann der AHV/IV kritisch auseinandersetzt. Seriösität ist kein Merkmal, das er dieser Schrift attestiert.

Der Sozialstaat muss abspecken, so der Tenor aller Sparideen. Dazu muss eine Analyse her, die vor allem die Sicht der Regierung bestätigt und nur aus der Sicht der Regierung gemacht wurde. Die Publikation kommt auf den ersten Blick «seriös» daher, d.h. sie entspricht visuell der gängigen Vorstellung von «Analysen»: viele Statistiken, Tabellen und Listen unterstützen in ihrer Farbigkeit diesen Eindruck. Und notwendig ist eine Analyse des Sozialstaats Liechtenstein allemal, aber nicht nur in Bezug auf mögliche Sparpotentiale.

Aufmerksam geworden durch einen konkretes Rechenbeispiel in der Analyse, nämlich, dass laut Analyse neun von 100 Personen, also jede elfte Person, in Liechtenstein eine IV-Rente bezieht, untersuchten wir mit Unterstützung von Walter Kaufmann diese Analyse auf weitere Ungenauigkeiten.

Gerade durch die von der Regierung vorgeschlagene Regelung (höhere Rentenkürzung bei wirtschaftlich «starken» VorbezugsrentnerInnen) würde einem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Grundsätzlich sei es so, dass diese Analyse offenbar keine Schlussredaktion «erlebte», denn wäre dem so, hätten sowohl einige Zahlen als auch seltsame Schlussfolgerungen und Behauptungen kein Papier gefunden. Zudem suggerieren solche Zahlen, dass jeder 11. in Liechtenstein IV-BezügerIn sei, dass wir ein Volk von arbeitsscheuen Elementen seien, die sich möglichst rasch in die IV flüchten. Sie erwecken auch den Eindruck, dass es ein Leichtes sei, eine IV zu erhalten und verdrängt, dass zur Erlangung einer IV eine Kette von Fachleuten konsultiert werden muss, bis eine IV überhaupt zugestanden wird. Wenn also Fehlverhalten zu registrieren wäre, dann müsste dieser indirekte Vorwurf an alle gerichtet sein. Per 31.12.2004 hatten wir 34'604 Einwohner (ohne Altersgrenzen) in Liechtenstein. Setzen wir die an in Liechtenstein wohnhafte Personen ausgerichteten 1'096 Stammrenten ins Verhältnis zu den 34'604 Einwohnern Liechtensteins, ergibt das eine Prozent-

zahl von ca. 3,2% IV-BezügerInnen. Aufschlussreicher wäre das Ganze zudem erst dann, wenn nur Personen zwischen 18 und 64 Jahren herangezogen werden. Anstelle der in der Analyse genannten 9% ergäbe das einen Anteil von ca. 4,7 %. Dies ist nur ein Rechenbeispiel, wo die Analyse nicht stimmt.

Schlussfolgerungen aus dem Zahlenmaterial

Immer wieder werden irgendwelche Schlüsse und Behauptungen aus dem Analysematerial abgeleitet, längst umgesetzte Massnahmen als zukünftig notwendige Schritte dargestellt oder als solche verkauft, die erst jüngst eingeleitet worden wären. Auf Seite 27 wird im Jahr 2001 festgehalten, dass die Anpassung der AHV/IV-Renten an die Lohn- und Preisentwicklung erfolgt sei. Tatsächlich wurden die Renten grundsätzlich immer im Zweijahres-Rhythmus angepasst; eine Teuerungsanpassung im 2001 ist daher nichts «Besonderes». Es werden in den Fussnoten Papiere erwähnt, bei denen es sich teilweise um interne, formlose Notizen handelt, aber den Eindruck erwecken, dass es sich dabei um wissenschaftliches Grundlagematerial handle.

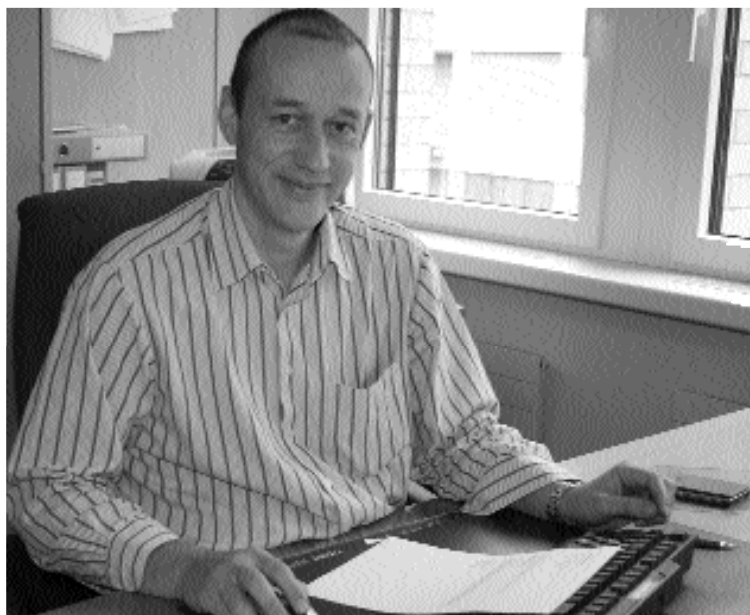
Zwar stimmt es, dass Missbrauch nicht ausgeschlossen werden kann und dass solche Fälle statistisch nicht erhoben werden. Doch das Vorurteil, das durch die «Analyse» seine Bestätigung sucht, ist ungerechtfertigt. Missbräuche werden sofort eingestellt, die Kontrollorgane funktionieren laut Kaufmann (so wurden z.B. im Jahre 2004 über 30 IV-Renten herabgesetzt oder aufgehoben). Ausnahmen wird es immer geben. Es stört ihn, dass in der «Analyse» stammtischartig argumentiert und damit keine wirkliche Grundlage einer seriösen, zukunftsorientierten Sozialpolitik vorhanden ist. Wenn in der Analyse davon die Rede ist, dass «die Missbrauchsproblematik zu entschärfen und aus der Invalidenversicherung nicht einen ‚Besenwagen der Sozialpolitik‘ zu machen...», dann ist dieser Schluss einfach nur fahrlässig, weil er Assoziationen auslöst, die so nicht stimmen.

Eine Analyse der Analyse

Die «Schlussfolgerungen» der Analyse können von der AHV zu einem guten Teil unterstützt werden. Walter Kaufmann bedauert aber, dass diese aufwändige Publikation nicht den Ansprüchen genügt, die man an eine Analyse haben kann (soll). Es fehlt an Genauigkeit, Quellenangaben und Schlussfolgerungen, die sich aus ermitteltem Zahlenmaterial ergeben könnten. Für ihn stellt sich, zumindest im Bereich der AHV/IV die Sache so dar, dass erst die



Schlussfolgerungen da waren und dann entsprechendes Material dazu gesammelt wurde. Freilich sei diese Sichtweise plakativ, doch sein Ärger über ein Papier, das so wertvoll sein könnte, beruht auf einer genauen Durchsicht und das Ergebnis ist nun einmal nicht erfreulich. Er ist überzeugt, dass eine saubere Analyse sinnvoller gewesen wäre, anstatt Stammtischhaltungen zu zementieren. Wir schliessen daraus, dass am schnellsten Geld gespart würde, wenn man auf solche Publikationen künftig verzichtet. Das Ablaufdatum solcher Analysen liegt bereits vor dem Erscheinungsdatum.



Walter Kaufmann, Direktor
Stellvertreter der AHV/IV

Wie geht es weiter? Sozialverträgliche Kürzungen – gibt es das?

Im Finanzplanungsbericht sollen ab 2007 kurzfristig sieben Millionen bei der IV eingespart werden. Walter Kaufmann unterstützt den Spargedanken, will aber vor Illusionen warnen. Über Missbrauchsbekämpfung im Einzelfall lässt sich die IV nicht sanieren; hier ist kein entsprechend grosses Volumen vorhanden. Der Betrag der Grundrente muss ebenfalls unverändert bleiben, denn die höchstmögliche Grundrente von 2'150 Franken monatlich sichert nur knapp das Existenzminimum. Sieben Millionen lassen sich daher bei der IV kurzfristig nur dann einsparen, wenn bei laufenden Rentenfällen grosse Einschnitte bei den Zusatzleistungen (Kinderrenten, Zusatzrenten oder Weihnachtsgeld) vorgenommen werden.

Walter Kaufmann ist auch darüber enttäuscht, dass die von der Regierung vorgeschlagene Neuregelung

des AHV-Rentenvorbezugs in keiner Weise mit der AHV abgesprochen wurde. Die AHV unterstützt Vorschläge, die den heute sehr grosszügigen Rentenvorbezug weniger attraktiv machen. Die Idee jedoch, dass man bei den «Reichen» ansetzt, sei sozial ungerecht und bedenklich. Wer selbst auf das Alter hin vorsorgt, würde dann später mit einer Rentenkürzung «belohnt». Es wären vor allem die LohnempfängerInnen, die eine mögliche Limite überschreiten würden, während die Steuerbescheide Selbständiger nicht immer mit dem effektiven Verdienst übereinstimmen. Ausserdem werden im liechtensteinischen Steuersystem auch das Vermögen und die Vermögenserträge (wie Mieteinnahmen etc.) nur selten mit ihrem effektiven Wert erfasst. Hinzu kommt, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse auch ändern können; es wäre aber nur schon rein administrativ nicht zu bewältigen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse der VorbezugsrentnerInnen jährlich überprüft werden müssten. Gerade durch die von der Regierung vorgeschlagene Regelung (höhere Rentenkürzung bei wirtschaftlich «starken» VorbezugsrentnerInnen) würde einem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Man darf auch nicht vergessen, dass jede zweite Rente ins Ausland geht, sodass spätestens hier griffige Kontrollen der wirtschaftlichen «Stärke» der RentnerInnen versagen würden. (kj)

Eine Absage an die Doppelmoral.

Die Abstimmung über die Initiative «Für das Leben» wird uns über den Tag hinaus beschäftigen. Die haushohe Ablehnung dieser Initiative ist ein deutliches Signal dafür, dass längst fällige Fragen auf eine politische Antwort warten. Politik und Gesellschaft sind gefordert.



«Mit diesem Entscheid zeigen die LiechtensteinerInnen, dass sie eine offene und tolerante Gesellschaft wollen. Das Ergebnis bedeutet auch eine Absage an die Doppelmoral und die Kriminalisierung von Frauen in Not.»

Gabi Jansen, Infra



«Ein Traumresultat – ich bin sehr erleichtert und froh! Der Dank gebührt allen, die zu diesem überwältigenden Ergebnis beigetragen haben. Für mich ist es ein klares Signal an die PolitikerInnen, für Schwangerschaftskonflikte und würdiges Sterben zeitgemässe und gangbare Lösungen zu suchen, einem europäischen Kontext verpflichtet. Das Resultat ist auch ein Vertrauensbeweis für den Landtag, unsere Volksvertretung. Als Demokratin freut mich, dass die Stimmberechtigten sich von den sehr fragwürdigen Unterstützungsaktionen für das Initiativkomitee 'Für das Leben' nicht beeinflussen liessen, die sogar anerkannte apolitische Institutionen missbrauchten. Interessant ist, dass die Zahl

der bis Ende Juli vom Initiativkomitee gesammelten Unterschriften trotz der Propagandaflut praktisch identisch ist mit der am heutigen Abstimmungssonntag für die Initiative abgegebenen Anzahl Stimmen.»

Helen Konzett Bargetze, für die Freie Liste in der «Arbeitsgruppe Schwangerschaftskonflikte»



«Ich bin erleichtert über die glasklare Ablehnung dieser dogmatischen Initiative. Als Arzt haben mich die menschenverachtende Sprache und der Umgangston, aber auch die Realitätsferne der InitiantInnen nachdenklich gemacht. Der Landtag bzw. die Regierung haben nun den Auftrag bekommen, von sich aus Vorschläge zu jenen Themen zu machen, die in der jüngsten Vergangenheit an die Oberfläche kamen. Als Richtschnur gelten für mich die Regelungen der Schweizerischen Ethikkommission.»

Dr.med.Pepo Frick, FL-Landtagsabgeordneter

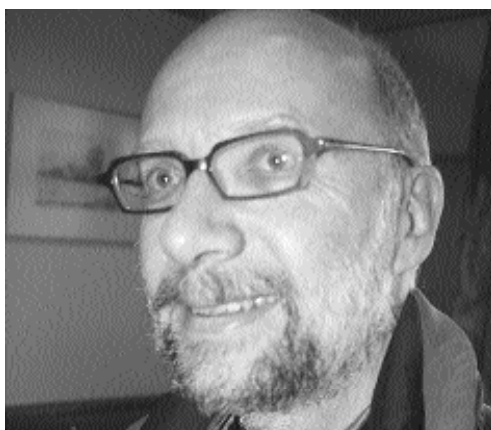


«Ein grossartiges Ergebnis und ein gutes Signal für die Zukunft. Die Stimmberechtigten haben zum Ausdruck gebracht, dass sie für komplexe Fragen in Zusammenhang mit dem Schutz des Lebens keine simplen Lösungen und Verbote wollen. Die Politik hat nun den Auftrag erhalten, differenzierte Lösungen für den Schwangerschaftsabbruch, die Sterbehilfe und weitere Themen zu erarbeiten.»

Katja Gey, für die VU in der «Arbeitsgruppe Schwangerschaftskonflikte»



«Ich freue mich sehr über das eindeutige Wahlergebnis. Wir haben den Gegenvorschlag als Weg der grössten Chancen bezeichnet und die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen haben sich mit überwältigendem Mehr entschlossen diesen Weg mit der Politik zusammen zu gehen. Dieses Abstimmungsergebnis ist auch ein Vertrauensbeweis in den Landtag und die Menschen dahinter. Ein Vertrauensbeweis, der zugleich für die Politik Verpflichtung ist eine konkrete Auseinandersetzung mit den angesprochenen Themen und die Erarbeitung akzeptabler Lösungen für alle zu forcieren. Danken möchte ich allen Engagierten – egal ob sie sich für den Gegenvorschlag oder die Initiative ausgesprochen haben – danken für ihren Mut und ihr Engagement.»
Doris Beck, VU-Landtagsabgeordnete



«Erfreulich, dass nach der Verfassungsabstimmung das liberale, demokratische Gedankengut nicht gänzlich abhanden gekommen ist. Die breite Zustimmung zum Gegenvorschlag des Landtags gibt uns die Möglichkeit, die sehr unterschiedlichen und komplexen Themen in Ruhe zu diskutieren und nach Lösungen zu suchen.»

Dr.med. Rainer Wolfinger



«Die deutliche Ablehnung der Initiative «Für das Leben» hat mich erleichtert und optimistisch gestimmt. In Liechtenstein lehnt die Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich solche dogmatischen und fundamentalistischen Werthaltungen, wie sie die Initiative forderte, klar ab. Auch die Stimmungsmache von der Gefahr einer «Unkultur des Todes», von moralischem Zerfall und gewissenlosen, egoistischen Menschen allerorten, hat bei der Bevölkerung nicht verfangen. Unsere Gesellschaft ist toleranter, offener und liberaler, als es einige Zeit zu befürchten war. Ich bin froh darüber, dass die Türen nicht zugeschlagen wurden und damit anstehende wichtige gesellschaftspolitische Themen angegangen werden können.»

Die hohe Annahme des Gegenvorschlages wertere ich als Signal dafür, dass die Mehrheit der Bevölkerung differenzierte, realitätsnahe Lösungen für die vielfältigen Problemkreise rund um den Schutz des menschlichen Lebens wünscht und zwar, wie es der Gegenvorschlag dokumentiert, innerhalb europäischer Normen und nicht als «liechtensteinische Insellösung».

Eines der Hauptziele der InitiantInnen war es, die 2004 in Parlament und Regierung begonnene Diskussion um die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs «im Keim zu ersticken». Nachdem im Vorfeld der Abstimmung die Diskussion oftmals auf unzulässige Art und Weise auf die Frage der Abtreibung verkürzt wurde, wünsche ich mir, dass die angefangene Debatte um die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und damit der Fristenregelung nun auf sachliche und verantwortungsvolle Weise vom Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern geführt wird.»

Claudia Heeb-Fleck

Stv.Landtagsabgeordnete und
Präsidentin der Freien Liste

Abfuhr für Fürstenhaus und Erzbischof.

Einer, der sich sagen lassen muss, dass er sich nicht mehr in das Volk hineinfühlen kann, ist der Erzbischof. Im Abstimmungskampf appellierte er vehement an die Stimmberechtigten, der Initiative «Für das Leben» zuzustimmen und den Gegenvorschlag des Landtags abzulehnen. Zu diesem Zweck schickte er sein Vobiscum an alle Haushaltungen und liess von der Kanzel verkünden, was ihm gut und rechtens scheint. Genützt hat's wenig – vielleicht hat er mit seinem Engagement sogar dazu beigetragen, das Schicksal der Initiative zu besiegeln. Denn die LiechtensteinerInnen finden grossmehrheitlich alles, was vom Erzbischof kommt, zum Vornherein als zu extrem.

Von wem die Initiative ausging, blieb bis zu letzt im Dunkeln. Die Initianten wurden vermutlich nur vorgeschoben, denn keiner traute es sich so richtig zu, die Initiative zu verteidigen. Der Titel der Initiative lässt vermuten, dass sie ideologisch verortet ist. Hinter der Zielformulierung «Für das Leben» haben sich in verschiedenen Ländern konservative katholische Bewegungen organisiert, deren Ziel es ist, jede legale Abtreibung zu verunmöglichen und das «Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod» zu schützen. Ein zumindest ideeller Zusammenhang zur Initiative in Liechtenstein ist offensichtlich.

Dass auch eine direkte Verbindung zum Schloss und insbesondere zu Fürstin Marie führte, war offensichtlich: In seiner Ansprache am Staatsfeiertag erwähnte der Erzbischof ausdrücklich das besondere Naheverhältnis zwischen Thron und Altar im Zusammenhang mit der Initiative. Der Erbprinz seinerseits lobte bereits bei der Landtagseröffnung die Initiative und die dahinter stehenden hehren Absichten. Auch später mischte er sich in den Abstimmungskampf ein und sprach sich klar für die Annahme sowohl der Initiative wie auch der Gegenvorschlags aus – wohlwissend, dass nicht beides gleichzeitig in der Verfassung stehen konnte. Die Problematik solcher Einmischungen des Fürstenhauses in Abstimmungskämpfe ist sattsam bekannt: Sie sind politisch inakzeptabel, da die freie Meinungsbildung verfälscht wird. Der Fürst bzw. sein Stellvertreter haben den Volksentscheid abzuwarten, erst danach haben sie gemäss Verfassung Stellung zu beziehen.

Doppelter Regelverstoss der Fürstin
Noch schlimmer ist in diesem Fall die Einmischung

der Fürstin: Ihr Aufruf in der Rolle als Präsidentin des Liechtensteinischen Roten Kreuzes kam einem doppelten Regelverstoss gleich. Sei versties nicht nur gegen das Gebot der fürstlichen politischen Enthaltsamkeit vor Volksabstimmungen, sondern auch gegen die Grundsätze des Roten Kreuzes, die Teilnahme an politischen Auseinandersetzungen verbieten. Egal, was die Fürstin persönlich in Bezug auf eine Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs findet, in ihrer Rolle als Präsidentin des Roten Kreuzes darf sie dies nicht kund machen. Da nützte es wenig, dass das LRK noch kurz vor der Abstimmung bekannt gab, dass die Inserate des LRK nicht vom Roten Kreuz bezahlt werden müssten, sondern von nicht genannten Dritten übernommen würden. Da stellt sich einfach die Frage: Von wem wurde das LRK instrumentalisiert? Merkwürdig auch der Umstand, dass die Fürstin nach Hausgesetz im eigenen Haus nichts zu sagen hat, bei Volksabstimmungen aber mitmischen will.

Doppeltes Ja – doppelte Strategie

Nicht verstanden wurde, was das Fürstenhaus mit seiner Empfehlung für ein doppeltes Ja bezweckte. Wenn man nicht beides in der Verfassung haben kann, warum dann sich für beides einsetzen? Die Antwort dürfte sich aus folgender Überlegung ergeben: Wenn die Initiative «Für das Leben» eine Mehrheit gefunden hätte, hätte sie eine ähnliche Wirkung erzielt, auch wenn sie in der Entscheidungsfrage dem Gegenvorschlag unterlegen wäre. Der Fürst hätte eine Verweigerung der Sanktion für eine Liberalisierung des Strafgesetzes in Bezug auf den Schwangerschaftsabbruch damit begründen können, dass das Volk der Idee der Volksinitiative grundsätzlich zugestimmt habe und er deshalb eine solche Vorlage nicht sanktionieren könne.

Auch die Prinzessin Sophie wurde eingesetzt

Dass auf dem Schloss alle Mittel versucht wurden, die Stimmung zugunsten der Initiative zu beeinflussen, zeigt auch die Ankündigung der Schaffung einer Stiftung zur Unterstützung von Frauen im Schwangerschaftskonflikt. Der Haken dabei: Angekündigt wurde wenig Konkretes – ausser die edle Absicht. Ziel der Ankündigung war, auch wenn der Erbprinz diese Interpretation von sich wies, der Initiative den Boden zu ebnet. Genützt hat's wenig.

Egon Matt
Präsident der Freien Liste



Es gibt eine wachsende Kluft zwischen zwei für Liechtenstein der Zeit zentralen Strömungen. «So viel Eigenverantwortung wie möglich» – vor allem in der Wirtschaftspolitik. Die Allianz zwischen Fürstenhaus und Erzbistum aber zwingt uns parallel dazu eine besorgniserregende konservative Gesellschaftspolitik auf.

Ein Faktor, der auf Dauer auch unseren Wirtschafts-Standort nicht attraktiver machen wird.

Das derzeitige politische Credo lautet: eine neoliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik und eine ihr untergeordnete Sozialpolitik. Möglichst wenig Vorschriften für die Wirtschaft und ein gesellschaftlicher Wandel hin zu erzkonservativen Werten, die dem Einzelnen vorschreiben will, was Gut und Böse ist, führen zwangsläufig zu einer Kluft der Unvereinbarkeit. Die freie Marktwirtschaft soll regeln, was möglich ist, der Staat soll zukünftig mit noch weniger Gesetzen eingreifen und dafür sorgen, dass die Steuern möglichst tief bleiben. Der sozialen Marktwirtschaft schlägt wohl bald ihre letzte Stunde. Hauptsache, der Wirtschaftsdampfer Liechtenstein bleibt auf Kurs. Dass dies nur möglich ist, weil die und der Einzelne dafür (fast) alles tun, wird ausgeblendet. Für die Profiteure liberaler Wirtschaftspolitik ist das selbstverständlich.

Erzkonservative Gesellschaftspolitik

Laissez faire in wirtschaftspolitischen Fragen, wenig Zutrauen in die gesellschaftspolitische Kompetenz – so könnte man die neueste Entwicklung in Liechtenstein auf den Punkt bringen. Kirche und Fürstenhaus haben eine Allianz der Werte geschlossen, die an einer gesunden gesellschaftlichen Entwicklung vorbeizieht. In jüngster Vergangenheit werden immer unverhohlener katholische Dogmen, die der Gleichberechtigung von Mann und Frau widersprechen und Geschiedene, kinderlose Paare und Homosexuelle ausgrenzen, propagiert. Diese Lehren gehören nicht in den Religionsunterricht unserer Kinder oder in unsere Verfassung. Sie sind Europauntauglich, auch weil sie dem Gleichheitsprinzip aller Menschen und dem Wesen der Demokratie widersprechen.

Gesellschaftlichen Fortschritt kann man nicht ausschliesslich am Wert der Güterproduktion messen; auch eine Gesellschaft entwickelt sich. Das Bildungsniveau steigt. Dieselben Fähigkeiten, mit

denen sich die Menschen auf dem Arbeitsmarkt und in der globalen Wirtschaft bewähren, kommen auch im Privaten, in Familien und Gesellschaft zum Ausdruck. Dazu gehört auch, dass wir uns heute durchaus eine eigene Meinung zutrauen und eine eigene Werterhaltung entwickeln. Neue Beziehungsmodelle werden gelebt, Rituale werden umgedeutet und neu interpretiert. Das heisst nicht, dass ein «Werteverfall» im Gange wäre, sondern es sind ermutigende Schritte hin zu einer aufgeklärten und solidarischeren Gesellschaft.

Neoliberalismus wie im Lehrbuch

Ein Wirtschaftsstandort kann sich nur dann international weiter profilieren, wenn er den gut ausgebildeten Angestellten der global operierenden Firmen einen sozial, kulturell und gesellschaftlich fortschrittlichen Lebensort bieten kann. Sonst werden diese mit ihren Familien einen anderen Lebensort bevorzugen. In einer globalisierten Welt, wo viele Wirtschaftsstandorte in einem Wettbewerb miteinander stehen, gewinnen diese feinen Unterschiede in den Standortfaktoren an Bedeutung, weil die «harten Wirtschaftsfaktoren», sprich günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbetriebe, schon überall gegeben sind. Genau diese feinen, aber ausschlaggebenden Unterschiede misst der international stark beachtete «Mercer»-Report: Jedes Jahr wird von der Mercer Human Resources Company anhand von 39 Kriterien die Lebensqualität von 215 Städten und Regionen untersucht, indem die sogenannten «weichen Standortfaktoren» bewertet werden. Beachtenswert ist, dass internationale Konzerne zunehmend die Lebensqualität und das kulturelle Angebot einer Stadt oder Region in ihre Erwägungen mit einbeziehen. Mercer bewertet auch eine allfälligen «Einschränkung der persönlichen Freiheit», 6 von 39 Kriterien messen das kulturelle Angebot oder hängen indirekt damit zusammen. Auch die Erreichbarkeit und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr fließt in die Bewertung ein. Online im Internet: <http://www.mercerhr.com/summary.jhtml/dynamic/idcontent/1128760> (Homepage der Mercer Human Resources mit der aktuellen Rangliste). Zürich und Genf (beide 106.5 Punkte) führen die Rangliste des «Mercer»-Reports an, knapp vor Vancouver und Wien.

Neoliberalismus funktioniert nicht

Die aktuellen politischen neoliberalen «Visionen» in unserem Land sind schnell analysiert, denn sie könnten einem neoliberalen Lehrbuch entstammen.

Neoliberale Wirtschafts- und erkonservative Gesellschaftspolitik

Dass der Neoliberalismus in der Praxis häufig nicht so funktioniert, dafür gibt es gute aktuelle Beispiele: Im Bereich der Medizin etwa bestimmt das Angebot die Nachfrage – nicht umgekehrt. Die guten marktwirtschaftlichen Noten, die uns das Ausland derzeit attestiert, täuschen vielleicht darüber hinweg, dass es auch bei uns, der Lehre vom Markt entsprechend, Probleme gibt: Grosse Industriebetriebe in Liechtenstein schreiben rote Zahlen und versuchen ihre unrentablen Bereiche abzustossen, verbunden mit der Streichung von Stellen.

Gleiche Bildungschancen für alle

Wenn wir eine Konzentrierung der Staatsaufgaben auf das Wesentliche weiter vorantreiben, zum Beispiel in der Bildung, lassen wir uns auf ein Experiment ein: Freier Wettbewerb unter Privatschulen, die mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen Schüler wie Kunden anzuwerben versuchen, und sich mit unterschiedlichen Konzepten profilieren, wie sie die Schulkinder mit sogenannten Soft Skills ausstatten möchten. Als Resultat hätten wir eine Amerikanisierung und «Ghettoisierung» unseres Schulsystems: Privatschulen für die Reichen, separiert von den Kindern aus der unteren Mittelklasse und den Immigrantenkindern. Es ist notwendig, sich in Erinnerung zu rufen, auf welchem Grundsatz die staatlichen Schulen aufbauen: Gleicher Zugang zu Bildung für alle. Diese Errungenschaft Experimenten auszusetzen, ist gefährlich. Natürlich macht es Sinn, unser Schulsystem weiterzuentwickeln. Die Pisa-Studie zeigt, dass der Schulerfolg stark mit der sozialen Herkunft verknüpft ist. Diese verbesserungswürdige Situation stellt die grösste Herausforderung an unser Bildungssystem dar, und unsere Anstrengungen sollten deshalb in diese Richtung gehen. Tagesschulen oder andere Formen von Tagesstrukturen könnten sich zur Regelschule entwickeln. Ein guter Ruf unserer öffentlichen Schulen ist wichtig und als weicher Standortfaktor ebenfalls nicht zu unterschätzen.

Helen Konzett Bargetze

Vorstandsmitglied der Freien Liste

Neoliberalismus:

Der Neoliberalismus erlebte in der 1980ern und 90er-Jahren nach den Misserfolgen des staatlichen Interventionismus und dem Zusammenbruch des Sozialismus ein Revival und setzte sich als Paradigma der Wirtschaftspolitik der meisten Staaten durch. Ursprünglich als Wirtschaftslehre entwickelt, reicht er heute weit in Politik und Gesellschaft hinein. Der Marktwettbewerb ist das Kernstück. Der «schlanke Staat» wird als Schlüssel zur Demokratie gesehen. Aufgabe des Staates ist für Neoliberale lediglich, den allgemeinen Ordnungsrahmen und effiziente Verwaltungsstrukturen zu stellen. Durch den Marktwettbewerb sollen einerseits wirtschaftliche Effizienz, andererseits aber auch individuelle Freiheiten gewährleistet werden, auf deren Basis «spontan» eine sich entwickelnde, nicht koordinierte soziale Solidarität unter freien Individuen entsteht.

Kritisiert am Neoliberalismus wird, dass die «Gerichtigkeit des Marktes» eine konservative Idee ist, denn die neoliberalen wirtschaftlichen Reformen vertiefen in der Praxis die gesellschaftliche Spaltung zwischen Arm und Reich. Privatisierung und Deregulierung haben zu veränderten Beziehungen zwischen Markt, Staat und Gesellschaft geführt, die letztlich auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme gehen. (Kleines Lexikon der Politik, Nohlen 2002).



Erbprinz Alois gab am 5.11.2005 der Tiroler Tageszeitung ein Interview, um unter anderem auf die Vorzüge der Monarchie hinzuweisen. «In Liechtenstein haben wir die interessante Situation, dass die Monarchie mit einer sehr starken direkten Demokratie gekoppelt ist: Beispielsweise können 1500 Stimmen initiativ werden und sogar die Auflösung des Parlaments oder die Abschaffung der Monarchie beantragen.»

Wir unterhielten uns mit Werner Schädler, dem Präsidenten des Arbeitskreises Demokratie und Monarchie und Vorstandsmitglied der Freien Liste.

Fl-info: Werner, das ist doch Dualismus pur...

Werner Schädler: Das ist bestenfalls eine Farce. Erstens weiss jeder von uns, dass weder die Auflösung des Parlaments oder gar die Abschaffung der Monarchie so einfach sind, wie es der Erbprinz darstellt. Zweitens ist das Initiativrecht des Volks nicht zwingend ein Hinweis auf eine starke Demokratie. Am Ende steht ja das Sanktionsrecht des Fürsten, der jede noch so erfolgreiche Initiative bachab schicken kann, wenn sie nicht nach seinem Geschmack ist. So steht es in der Verfassung von 2003.

Dieses Sanktionsrecht hat es ja vorher auch schon gegeben, war ja nicht so schlimm, oder?

Genau da liegt der Haken. Unter Fürst Franz Josef war es mehr oder weniger totes Recht. Man konnte sich darauf verlassen, dass dieser das Sanktionsrecht nicht anwenden würde, um seine Vorstellungen von Gesellschaft umzusetzen. Franz Josef II. hat sich in seiner Thronrede vom 5. April 1955 ganz klar zum Verhältnis Fürst und Volk geäußert. Er sagte damals: «Auch in einer konstitutionellen Monarchie, wie es Liechtenstein ist, bestimmt und leitet das Volk in weitestgehendem Masse die Politik.» Bei Hans Adam oder auch seinem Sohn, der die Regentschaft nur leihweise hat, weiss man, dass sie dieses Recht anwenden, wenn ihnen ein Ergebnis nicht passt. Ich erinnere nur an den EWR-Beitritt, wo Hans Adam wegen Termindifferenzen das Notrecht anwenden wollte oder an die Nichtunterzeichnung der EWR Erweiterungspläne durch die Regierung auf Geheiss des Fürsten, weil dieser familiäre Interessen mit Staatsinteressen mischte.

Aber am Dualismus zweifelst du nicht grundsätzlich?

Ich zweifle nicht nur daran, sondern behaupte, dass

es diesen Dualismus bei uns schlicht und einfach nicht gibt. In der Verfassung steht. «Die Staatsgewalt ist in Fürst und Volk verankert.» Von Dualismus kann also nur die Rede sein, wenn allenfalls zwei gleich starke Souveräne die Staatsgewalt innehaben. Monarchie und Demokratie lassen sich aber nicht zu einer dualen Staatsform zusammenbasteln, in der beide Souveräne gleich stark sind. Dies weil neben einer Monarchie, in der der Monarch alle Rechte wahrnimmt, die zu einem Monarchen gehören, keine echte sondern nur eine vom Fürsten «geduldete» Demokratie existieren kann Umgekehrt ist es natürlich dasselbe. Neben einer wahren Demokratie kann keine echte Monarchie bestehen. Dazu sind diese beiden Staatsformen einfach zu unterschiedlich. Es kann auf Dauer auch nicht gut sein, wenn wir mit einer Verfassung leben, in der alles, was das Volk betrifft, verbindlich bis ins Detail geregelt ist und alles, was den Fürsten betrifft, noch ein Hintertürchen offen lässt. Mit gutem Willen aller Beteiligten wäre es aber durchaus möglich, eine Form zu finden, die dem Fürstenhaus neben einer wahren Demokratie immer noch weit mehr als nur repräsentative Rechte einräumt.

Du hast ja am Dialog teilgenommen, darf man da etwas erfahren? Herr Bayer hat ja schon aus dem Nähkästchen geplaudert, habt Ihr Euch auch so schlecht behandelt gefühlt?

Grundsätzlich: Ich werde nichts über die Inhalte dieses vertraulichen Gesprächs sagen, das ist abgemacht. Darüber können wir nach der Schlussrunde reden. Zur Stimmung kann ich sagen, dass wir seitens der Demokratiebewegung sehr gut vorbereitet waren und unsere Argumente und Bedenken zur Verfassungswirklichkeit sachlich mit der Kommission des Europarats diskutiert haben. Schon allein deshalb hatte ich nie das Gefühl, dass die Gegenseite voreingenommen sei. Ich habe den Dialog als sehr konstruktiv empfunden und kann mit der kritischen Haltung der Dialogpartner, auch gegenüber der Demokratiebewegung, gut umgehen. Das ist ja auch Teil einer guten Vorbereitung.

Der Dialog untersucht ja die gelebte Verfassung, was erwartest du?

Dieser Dialog ist kein Gericht, das über Liechtenstein urteilt, sondern versucht festzustellen, ob die Verfassung europäischen Standards entspricht. Der Dialog wird unsere Probleme aufzeigen, die Probleme lösen müssen wir selbst. Zur «gelebten Verfassung» kann ich nur noch einmal darauf hinwei-

Monarchie Der Dualismus ist eine Farce.

sen, dass der Fürst alle seine in der Verfassung festgehaltenen Rechte sehr wohl in Anspruch nimmt. Jede Regierung weiss von vornherein, dass sie eine Staatskrise heraufbeschwört, wenn sie sich mit dem Fürsten anlegt. Fürst Hans Adam hat nicht umsonst um jeden Punkt und jedes Komma in diesem Text gekämpft. Der grösste Fehler, den wir machen könnten, wäre zwischen der geschriebenen und der gelebten Verfassung zu unterscheiden.



Ja, damit müssen wir wohl leben bis in alle Ewigkeit?

Warum denn? Ich denke schon länger darüber nach, unabhängig vom Resultat des Dialogs eine Initiative zu starten, die die Abschaffung des Sanktionsverweigerungsrechts in der heutigen Form zum Ziel hat. Das Sanktionsrecht oder besser gesagt, das Recht, einem Volksentscheid die Sanktion zu verweigern, ist für mich eine Bevormundung des Bürgers, die ich nicht hinnehmen kann. Das hat nun wirklich gar nichts mehr mit Demokratie zu tun. Auch der Fürst hätte es leichter, wenn er das Sanktionsverweigerungsrecht in der heutigen Form aufgeben würde und dem Volk wirklich das letzte Wort lässt. Die Diskussion, wann, wie und ob sich das Fürstenhaus äusseren soll, würde sich dann erübrigen.

Anlässlich der Verfassungsdiskussion ging es ja um mehr als nur um das Sanktionsrecht, warum willst du nur das angehen?

Das Sanktionsrecht des Fürsten ist jenes Recht, das die BürgerInnen am stärksten entmündigt. Wie uns die Erfahrung gezeigt hat, gibt es eine gewisse Überforderung, wenn man zuviel will – es ist damals nicht umsonst zur Vermischung von Sachverhalten und Emotionen gekommen. Will man nur das Sanktionsrecht geändert haben, kann der Fürst zum einen nicht behaupten, man wolle die Monarchie nicht mehr und zum anderen kann dann auch kein Verwirrspiel mehr getrieben werden. Die Bürgerinnen und Bürger können dann einfach darüber entscheiden, ob sie wollen, dass ein Volksmehr auch für den Fürsten verbindlich sein soll oder eben nicht.

Du wirst altbekannte Vorwürfe hören, zum Beispiel, dass du einen demokratischen Entscheid nicht akzeptieren kannst?

Unsere Verfassung ist nicht in Stein gegossen und bei soviel Demokratie, wie der Erbprinz uns attestiert, wird eine Initiative, wie ich sie plane, nur Ausdruck starker Demokratie sein.

Hast du keine Angst, dass, falls wieder keine Mehrheit für eine solche Initiative zustande kommen sollte, sich die Situation für die Demokratiebewegung noch verschlechtern könnte? Warum denn? Ich begreife das nicht. Wir können ja nichts verlieren, sondern nur etwas gewinnen oder anders gesagt: wir können einen Schritt in Richtung echte Demokratie tun oder da stehen bleiben wo wir jetzt sind. Dann versucht man es halt drei vier Jahre später erneut. Mich erinnert das Ganze immer an die Frauen, die endlos darum gekämpft haben, endlich das Frauenstimmrecht zu bekommen. Sie haben die Flinte auch nicht gleich ins Korn geworfen. Man darf nicht aufgeben um etwas zu kämpfen, was einem wichtig ist. (kj)

Der Sportpark Eschen-Mauren ist eröffnet und wird als Juwel gepriesen. In der Gemeinschaftssitzung der GemeinderätInnen Eschen und Mauren vom 4.5.2005 wurde das Sportparkreglement überarbeitet und genehmigt. Im Sportparkgebäude darf nach Reglement nur im Aufenthaltsraum geraucht werden. Mein Antrag auf Rauchverbot, auch im Aufenthaltsraum, fand nur knapp keine Mehrheit.

Die Gegenargumente:

- Diskriminierung von Rauchern.
- Der Vollzug des Rauchverbots im Aufenthaltsraum sei nicht durchführbar.
- Der Umsatz der Verpflegungsstelle leide unter dem Verbot.

Im Liechtensteiner Vaterland war zum Welttag ohne Tabak am 31.5.2005 folgende Schlagzeile zu lesen: «Erschreckend. Am Passivrauchen sterben mehr Leute als an Aids und Drogen.» In Ländern wie Irland, Italien, Spanien, Norwegen und der USA ist das Rauchen in öffentlichen Gebäuden und am Arbeitsplatz untersagt. Den Vollzug regeln meist die

anwesenden Personen. Seit Jahrzehnten rauchen Reisende in den Nichtraucher-Abteilen von Zügen nicht, es gibt bereits ganze Nichtraucher-Züge. In den Flugzeugen, auch auf Langstrecken, ist Nichtrauchen eine Selbstverständlichkeit. In den Betrieben setzt sich das generelle Rauchverbot immer mehr durch.

Eine gedeckte Terrasse wäre mit wenigen Schritten vom Aufenthaltsraum aus erreichbar und könnte als Rauchzone benutzt werden. Jetzt werden die Nichtraucher, vor allem Kinder mit ihren Eltern und Jugendliche im Verpflegungsraum diskriminiert. Wenn wir als Verantwortliche Gesundheitsprävention auf Gemeindeebene ernst nehmen würden, wäre dieser wenig mutige demokratische Entscheid, den es mir immer noch schwer fällt zu akzeptieren, nicht zustande gekommen.

Ingrid Allaart

FL-Gemeinderätin Maurer

Richtigstellung

Im fl-info 3/05 haben wir auf der letzten Seite die Meldung gebracht, «dass die Mitglieder der Ende 2003 gebildeten Arbeitsgruppen 'Visionen für Vaduz' für ihren Zeitaufwand keine Entschädigung erhalten – im Gegensatz zum Bürgermeister, was aber niemand wissen darf?»

Bürgermeister Karlheinz Ospelt dementiert diese Aussage und bedauert, dass die Redaktion den Namen des Informanten nicht preis gibt, damit er persönlich mit ihm Kontakt aufnehmen kann. Der Informant selbst war nicht bereit, sich beim Bürgermeister zu melden. Wir bedauern, dass es sich dabei offenbar um eine Falschaussage handelt.

Einladung – Einladung – Einladung.

Interessiert dich deine Gemeinde? Möchtest du mehr Einfluss nehmen und mitgestalten? Gemeindearbeit als Weiterbildungsprogramm – wie funktioniert das? Lohnt es sich denn, sich zu engagieren?

Melde dich an zum Gratisworkshop der Freien Liste, wenn du der Freien Liste nahe stehst, dich Fragen rund um die Gemeindearbeit interessieren und du einmal hinter die Kulissen schauen willst. Ab Februar 2006 startet die Freie Liste bis Juni an fünf Samstagen einen Workshop zur Gemeindearbeit. Mit jeweils 3 Stunden bist du mit dabei.

Wer sich für unser Angebot interessiert, kann sich ab Mitte Dezember 2005 übers Internet www.freieliste.li informieren. Anmeldungen nimmt unsere Geschäftsstelle bis Mitte Januar 2006 entgegen:
info@freieliste.li oder Telefon: 373 20 42

13 x Happyness

1. Den Kleiderschrank ausmisten.
2. Das Radio aufzudrehen und zu tanzen.
3. Den kalten Wind im Gesicht zu spüren.
4. Spontan Bücher kaufen.
5. Sich mit Freunden verabreden.
6. Die ersten Schritte eines Kindes.
7. Ins Thermalbad gehen.
8. Einen Brief schreiben.
9. Unangenehmes sofort zu erledigen.
10. Sich an SchulfreundInnen erinnern.
11. Flaschenpost in den Rhein werfen.
12. Alte Schuhe auf Hochglanz polieren.
13. Sylvester auf dem Markusplatz.



Der VCL feierte am 21. Oktober 2005 sein 25jähriges Jubiläum. Der FL-Gemeinderat Daniel Walser richtete in seiner Grussbotschaft einen Appell an die Planer und seinen Dank an den VCL. Seine Rede ist ein Plädoyer für eine nachhaltige Verkehrspolitik.

Wir Schaanerinnen und Schaaner rühmen uns gern bezüglich unserer Fortschrittlichkeit. Diese Innovationskraft darf und soll sich auch beim Thema Verkehr zeigen. Im Bereich der Schulwegsicherung hat Schaan in unserem Land Pionierarbeit geleistet. Was die dafür zuständige Kommission in den letzten Jahren erarbeitet und realisiert hat, darf sich sehen lassen. Auch Schaans Zentrumsplanung mit der vorgesehenen Parallelstrasse wird die Gemeinde in Sachen Verkehr und Ortsbild voranbringen und lebenswerter machen. Auch die im Rahmen eines Interreg-Projektes erarbeiteten Mobilitätsprojekte lassen einen für die Zukunft hoffen.

Die Angst der PolitikerInnen vor Kritik Hingegen zeigen auch gerade diese Projekte auf, dass der Wille zu grundlegenden Änderungen in der Verkehrspolitik und in der Mobilität kaum oder nicht vorhanden ist. Man ist zwar bereit, gewisse Vorzeigeprojekte zu realisieren, die möglichst niemanden einschränken. Ein paar Fahrradunterstände werden geplant und realisiert, eine Studie für einen Ortsbus wird in Auftrag gegeben und entsprechend Verhandlungen mit der LBA aufgenommen und ein Konzept für siedlungsorientierte Strassen wird in Auftrag gegeben. Andererseits sperrt man sich vehement gegen Ideen, die den Verkehr eindämmen und noch sicherer machen. Ebenfalls im Zusammenhang mit den Mobilitätsprojekten wurde vor noch nicht allzu langer Zeit im Gemeinderat erstaunlich offen und wohlwollend über die mögliche Einführung von Tempo 30 auf Quartierstrassen diskutiert. Es brauchte aber nur das Volks-Nein von Balzers, um die einst positive Stimmung ins Gegenteil kippen zu lassen. Im Nachhinein frage ich mich, für welche Ratsmitglieder die Einführung von Tempo 30 ein echtes Anliegen ist. Tatsache ist, dass man negative

Reaktionen aus Teilen der Bevölkerung scheut, wie der Teufel das Weihwasser. Wo stünden wir heute, wenn in der Vergangenheit alle politischen Weichenstellungen aufgrund solcher Überlegungen gefällt worden wären?

An der Volksabstimmung vom 25. und 27. Juni 1999 wurde die Initiative «Umfahrungsstrasse für ein lebenswertes Schaan» deutlich abgelehnt. Dass unsere Gemeinde entgegen dem Volkswillen die Planung und den Bau einer Umfahrungsstrasse vorantreibt, zeigt ebenfalls welche Grundideen hinter der Schaaner Verkehrspolitik stecken. Man ist nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, durch den Bau von Umfahrungsstrassen die Verkehrsprobleme lösen zu können. Über die Tatsache, dass der Bau einer Schaaner Nordspange viel Verkehr anziehen wird, schaut man elegant hinweg. Hier zeigt sich einmal mehr, dass man noch immer bereit ist, Millionen von Franken in den motorisierten Individualverkehr zu stecken, wobei alternative Lösungen und Ideen in unserem Land weiterhin stiefmütterlich behandelt werden. Den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr fördert man bestimmt nicht, indem man einseitig die «Schleusen» auf den Strassen öffnet. An der grundlegenden Haltung bezüglich Mobilität hat sich in der Tat wenig geändert!

Genau hier beginnt aber die Arbeit des VCL. Obwohl der VCL in den letzten 25 Jahren viel wertvolle Grundlagenarbeit hin zu einer sicheren und umweltverträglichen Mobilität geleistet hat, hat er als verkehrspolitisches Gewissen unseres Landes auch künftig noch alle Hände voll zu tun. Dass die Arbeit des VCL trotz allen Widerständen Früchte trägt, zeigt die Tatsache, dass das offizielle Liechtenstein heute über Themen spricht, die noch vor wenigen Jahren als grüne Utopien abgetan wurden. Die oben erwähnten Negativbeispiele aus unserer Gemeinde zeigen aber auf, dass ein grundlegendes Umdenken noch in weiter Ferne liegt. In diesem Sinne wünsche ich dem VCL ein schönes Jubiläumsfest und erfolgreiches Wirken und viel Beharrlichkeit in den kommenden Jahren.

Daniel Walser

FL-Gemeinderat Schaan

**Möchten Sie die Arbeit des VCL unterstützen?
Informationen gibt es unter:**

Tel/Fax 232 54 53 • E-Mail vcl@powersurf.li oder www.vcl.li

Triesenberg lagert Kuhdreck und Traktorenlärm aus. Fünf bis sieben neue Landwirtschaftsbetriebe, je nach Grösse, sollen in den kommenden Jahren in die sensible Berger Landschaft gesiedelt werden. Vier davon ins Gebiet Gnalp-Ritzlina. Der erste und grösste ist jetzt auf der Gnalper Ebene ausgesteckt. Wie Schönlandschaft zu Verbrauchslandschaft wird.

Die Arbeitsbedingungen für Bauern und Bäuerinnen in Triesenberg sind schlecht. Die alten Ställe im Dorf stören die Wohnbevölkerung, sind unzeitgemäss und klein. Es ist nicht einfach. Zur Pflege der Kulturlandschaft – dafür fliessen immerhin jährlich mehr als zwei Millionen Franken öffentliche Gelder in die Berglandwirtschaft – braucht es funktionsfähige Landwirtschaftsbetriebe in der Nähe der bewirtschafteten Flächen. Nun droht die Infrastruktur zur Erfüllung dieser Aufgabe die Landschaft zu zerstören, die sie eigentlich erhalten sollte. Es ist höchste Zeit, dass über Landschaft und ihren Wert diskutiert wird. Und über öffentliche Gelder, mit deren Hilfe öffentliche Güter geplündert werden.



Gnalp ist eine sensible und schutzwürdige Kulturlandschaft.

Leitbilder zur nachhaltigen Berglandwirtschaft gibt es bereits. Statt sie konsequent umzusetzen, beziehen sich Gemeinde und Ämter nun auf die konservative und marktorientierte Gesetzgebung. Nach ihr steht der Subventionierung eines intensiven Milchwirtschaftsbetriebs mit 39 Grossvieheinheiten auf 1200 Metern über Meer nichts im Weg.

Schützenswertes Naherholungsgebiet

Die Gnalper Ebene ist eines der schönsten Naherholungsgebiete in Liechtenstein, Sommer wie Winter, wer kennt nicht den Gratispass am sonnigen Schlittelhang. Intakte Landschaften sind touristisch bedeutend und für viele der Inbegriff von Heimat. Sie sind auch ein wichtiger Standortfaktor: Wer wegen der hohen Lebensqualität nach Liechtenstein kommt, schätzt nicht zuletzt die vielen Möglichkeiten, in der Nähe des Siedlungsgebietes Schönes und Ruhe zu geniessen. Gnalp ist eine sensible und schutzwürdige Kulturlandschaft. Sie ist Teil eines im Inventar der Naturvorrangflächen aufgeführten Landschaftsschutzgebietes mit überregionaler Bedeutung. Das Gebiet ist geprägt durch die verstreuten kleinen, zum Teil sehr alten Ställe. Immer mehr von ihnen werden umgebaut und als Ferienhäuser und Lagerräume genutzt. Hier ein neues unbewilligtes Zufahrtssträsschen, dort ein Kamin... das ist der stille scheinbar unscheinbare Wandel. Die rechtliche Verankerung schützenswerter Landschaften wird hinausgezögert, aus Rücksicht auf die Interessen von Gemeinden, Bodenbesitzerinnen und -besitzern.

Ausgerechnet Gnalp

Nicht zuletzt auf Druck der LGU legt die Gemeinde Triesenberg nun eine Standortevaluation vor. Ausschlusskriterien sind Quellschutzzonen, Naturgefahrenzonen, Wald, Gebiete über 1300 Metern über Meer und Bauzone (nicht aber «Übriges Gemeindegebiet» mit Bauverbot!). Da bleiben nur noch wenige offene Flächen übrig. Mit dem zusätzlichen Ausschlusskriterium «Landschaftsschutzgebiete», so argumentieren die Verfasser, hätten sie kaum mögliche Standorte gefunden, die erschlossen sind. Effektiv hätte dies aber nur das Ende der Option Gnalp bedeutet. An dieser hält die Gemeinde partout fest, weil sie dem Landwirt die Abgabe der beiden ÜG-Parzellen im Gemeindebesitz seit langem versprochen hat. Wen wundert's, dass der Standort «Gnalper Ebene» just die höchste Punktzahl bekommt. Die LGU erdreistet sich nun, die Wahl und Gewichtung der Kriterien in Frage zu stellen. Im Übrigen, auch wir waren in Triesenberg unterwegs. Die Ausgangslage ist schwierig, und es geht uns nicht darum, einem jungen Landwirt Steine in den Weg zu legen. Die von uns vorgeschlagenen tolerierbaren Standorte sind praktisch identisch mit den Vorschlägen der Gemeinde – Ausnahme: Gnalper Ebene. Wir bleiben dran.

Regula Mosberger, LGU-Geschäftsführerin

«Wir sind nicht allein! Seminar über Lernkrisen in Schaan.»

Liechtensteiner Vaterland, 15.9.2005
Also sind die Schaaner doch allein?

«Im Fürstentum wird kräftig am Image poliert. Oben übernimmt der Erbprinz das Management, und unten ergreifen die jungen Banker und Treuhänder das Zepter.»

Cash, 29.9.2005
Dann können wir ja beruhigt schlafen.

«Portugal zittert sich an WM-Endrunde»
Titel Liechtensteiner Vaterland, 10.10.2005
Und wir zittern uns beim Zeitunglesen.

«Als im März vorigen Jahres das prunkvolle Liechtenstein-Museum eröffnete, sorgte ein Pressebericht für Aufregung: Museumsdirektor Johann Kräfner drohte, den Barockpark, der 60 Jahre lang gesperrt war, wieder zu schliessen; und zwar dann, wenn er keine Erlaubnis für die Zubauten im Park erhalten würde. Diese Drohung ist eineinhalb Jahre später immer noch aufrecht, wie Kräfner im Gespräch mit der «Presse» betont: «Das ist die Haltung der Fürstenfamilie und ich wüsste nicht, dass sich diese geändert hätte», so Kräfner [...]

Die Presse, 5.10.2005
Neidlos müssen wir anerkennen, dass die Einschätzung Kräfners pointiert ist.

«Elan aus der Wahlniederlage schöpfen. Felix Beck übernimmt das Amt des Vorsitzenden der VU-Ortsgruppe Triesenberg.»

Titelzeile, Vaterland, 17.10.2005
Das Elanpotential der VU speist sich aus Niederlagen...waren wohl am Seminar «Positiv denken für Verlierer.»

«[...] Zwei unverdächtige Herrscher, die ihre Reiche perfekt unter Kontrolle haben, mögen mir als Zeugen dienen: Fürst Hans-Adam von Liechtenstein und Klaus-Michael Kühne. Land wie Konzern prosperieren mit nicht nur starken, sondern auch klugen Chefs, welche die Kommunikation mit Augenmass betreiben.» Handelszeitung vom 19.10.2005 Autor: Klaus I. Stöhlker

Stöhlker lässt nicht locker. Zu gern wär er des Fürsten Berater.

«Tag der offenen Regierung» Titel Volksblatt, 27.10.2005

Wahrlich ein Jubiläumstag.

«Verantwortung ist das Gegenstück zu Pflicht und Freiheit bedeutet Verantwortlichkeit. Dies gilt für den Finanzsektor besonders. Die internationale und nationale Regulierungswut zwingt Akteure zum Umdenken.» Volksblatt 29.10.2005

Solche Sätze kann man sich nur noch auf der Zunge zergehen lassen. Vielleicht bleibt dann noch etwas übrig...

«Seit vier Jahren bemüht sich eine heute 83-jährige Dame aus Monaco mit Hilfe ihres aus Salzburg stammenden Rechtsvertreters Reinhard Proksch, ihr Vermögen aus der Kontrolle des Treuhandbüros Batliner in Liechtenstein loszueisen. [...] Das Unterfangen erwies sich bisher allerdings als undurchführbar. Die Kanzlei des bekannten Liechtensteiner Treuhänders und Salzburg-Freundes Herbert Batliner liess die Klientin nämlich nicht ziehen. «Die haben mir die Kontrolle über mein Geld genommen», klagt das ehemalige Mannequin im SN-Gespräch. Seit zwei Jahren werde ihr jeder Einblick in die Vermögensverhältnisse verwehrt...»

Salzburger Nachrichten, 29.10.2005
Man hängt halt am Geld, das wusste die alte Dame vermutlich nicht.

«Das Kommunikationskonzept enthält deshalb die Zielsetzung, dass die «Marke Liechtenstein» zu einem Teil des Alltags wird. Ein wichtiges Element bildet dabei der Sport. Nachdem die Skifahrer bereits mit Rennanzügen gemäss «Marke Liechtenstein» ausgerüstet wurden, soll die Liechtensteinpräsenz bei internationalen Sport-Grossanlässen wie Olympia oder Weltmeisterschaften verstärkt werden: Gedacht ist an die Errichtung eines Liechtenstein-Hauses. Zu Hause sollen an den Strassen Leuchttafeln mit der «Marke Liechtenstein» platziert werden. Für die Einheimischen nach dem Sprichwort, dass der stete Tropfen den Stein höhlt, für die Zureisenden als Info-Mittel und als «sympathische Willkommensbotschaft.»

St Galler Tagblatt, 19.11.2005
Man gönnt sich ja sonst nichts. Die Sparappelle der Regierung könnten in einem Liechtenstein-Haus als Installation montiert werden. In Leuchtschrift. Aubergine. Blinkend.

Wussten Sie, dass...

...die Regierung auch **Transform** zur Präsentation der Zweckmässigkeitsstudie am 26.9.2005 eingeladen hatte, aber als Vertreter von Transform gekommen sind, diese nicht dabei haben wollte, weil sie nicht auf der Teilnehmerliste waren? ...**Transform sich per Mail angemeldet** hatte und schlussendlich als Delegationsmitglieder der Freien Liste an dieser Präsentation teilnahmen? ...**die neuen Skianzüge** unserer Rennsportler nicht nur im Ausland eine Lachnummer sind? ...**die meisten Leute meinen**, dass es sich dabei entweder um Strampelhosen für Erwachsene oder um Pijamas handelt? ...**das Gerücht in Mauren geht**, Ingrid Allaart habe von der Gemeinde Mauren das Flugticket in die USA bezahlt bekommen, damit sie ihrer 100jährigen Tante zum Geburtstag das neue Stammbaumbuch mit einer Widmung des Vorstehers übergeben könne? ...**die Tante sich über das Stammbaumbuch** sehr gefreut hat? ...**wenn es stimmen würde**, dass die Gemeinde Mauren ihrer FL-Gemeinderätin ein Flugbillet nach Chicago bezahlt hätte, es sicherlich kein Retourticket gewesen wäre? ...**geplant ist**, «**die Marke Liechtenstein**» als Leuchttafeln quer durchs Land zu installieren, damit auch die Einheimischen kapieren, dass dieser auberginene Auftritt nur zu ihrem Wohl ist? ...**die Marke Liechtenstein bis zum Exzess** vermarktbar ist und vom Weihnachtspapier bis zu den Ostereiern funktionieren würde? ...**zu befürchten ist**, dass das den Einheimischen eher auf die Nerven geht, als dass man sie durch Penetranz für die Aubergine-Marke gewinnen könnte. ...**viele Eltern in Liechtenstein verzeifelt eine Firmpatin** oder einen Firmpaten suchen, weil der Pfarrer die Bedingung stellt, dass die Firmgotte oder der Firmgötti Vorbild sein müssen und das sind sie nur, wenn sie jeden Sonntag in die Kirche gehen? Wir empfehlen eine Börse für Gotten und Göttis einzurichten (rent a Firmgotte) oder gibt es vielleicht schon Profis? ...**die Triesnerinnen und die Triesner** mit einem Nein auf dem Stimmzettel bei der Initiative «Schutz des Lebens» gegen die Versetzung ihres Pfarres nach Vaduz protestiert haben?

Impressum

fl info 4.2005
Dezember 2005
Herausgegeben durch:
Presseverein fl info,
FL-9494 Schaan
www.freieliste.li
fliste@lie-net.li
Redaktionsleitung:
Karin Jenny (kj)
Die AutorInnen sind der
Redaktion bekannt und für
den Inhalt verantwortlich.
Druck:
Gutenberg AG, Schaan
Konto LLB Vaduz:
197.616.45
Gedruckt auf
100% Recycling-Papier

Für Spenden zur Unterstützung des Pressevereins fl-info sind wir dankbar: Liechtensteinische Landesbank Vaduz
Konto 197.616.45